

Stellungnahme der Studierendenschaft der Universität zu Kiel zum vorgelegten Gesetzesentwurf zur Sicherung von Dauerwohnraum (Wohnraumsicherungsgesetz)

Ein erfolgreiches Studium benötigt eine funktionierende soziale Infrastruktur. Dafür ist auch eine gesicherte bezahlbare Unterkunft während des Studiums notwendig. Gerade zu Studienbeginn stehen seit Jahren viele Studienanfänger*innen vor der Herausforderung, günstigen Wohnraum in Kiel zu finden.

Oft wird den aus Hamburg oder der näheren Umgebung Kiels wohnungssuchenden Studierenden geraten, nach Kiel zu pendeln. Dabei wird vergessen, dass das Studium mehr beinhaltet als plumpes Absitzen der Seminare und Vorlesungen. Studieren in einer neuen Stadt bedeutet auch, dass man an diesem Standort ein neues Leben aufbauen will. Dazu gehört ebenfalls ein soziales Leben neben dem Studium. Doch kann dies nicht stattfinden, wenn man lange zwischen zwei Städten hin- und herpendeln muss. Die Kosten, die dabei für die Studierenden anfallen, sind außerdem nur für die wenigsten tragbar. Dies führt insgesamt dazu, dass die Studierenden den Standort nur als weiteres Hindernis zum Berufsleben wahrnehmen und nicht als Ort, an dem man gerne ein Leben aufbauen möchte. So werden Studierende, welche in Kiel eine gute Ausbildung von der Hochschule bekommen, auf lange Sicht nicht in Schleswig - Holstein bleiben. Doch sollte dies der Anspruch der Stadt sein, dass Studierende gerne in Kiel studieren und so auch ihren weiteren Lebensweg gerne hier verbringen.

Ebenso wird häufig darauf hingewiesen, dass es die Möglichkeit gibt, in die Randlagen der Stadt und ins Umland zu ziehen. Dies ignoriert sowohl die schwindende Anzahl von verfügbaren Wohnungen auch in diesen Gebieten als auch die dort nicht ausreichende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Des weiteren verschärft dieser Ansatz nur die soziale Selektion innerhalb der Studierendenschaft.

Studentischer Wohnraum wird in Kiel und anderen Hochschulstädten immer knapper.¹ Gleichzeitig kommt in Schleswig-Holstein noch eine erschreckend schlechte Unterbringungsquote für Studierendenwohnheime in Schleswig Holstein mit 6,8% hinzu, womit Schleswig Holstein im Bundesvergleich im unteren Drittel angesiedelt ist.² Somit kann auch das Studierendenwerk die Studierenden bei der Wohnungssuche kaum entlasten.

¹ <https://moses-mendelssohn-institut.de/presse/PMHochschulstaedtescoring16.pdf>

² https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/wohnraumstatistik_2016.pdf S.18.

Diese angespannte Wohnungssituation in Kiel und in anderen Hochschulstädten führt zu einem kontinuierlichen Anstieg der Mieten am privaten Wohnungsmarkt. Ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft kostet durchschnittlich 349 Euro. Im vergangenen Jahr waren es noch 330 Euro.³ So liegt Kiel bei der DSW- Sozialerhebung mit 290 Euro auf Platz 30 in der Rangfolge der Hochschulstädte nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten.⁴

Der vorgelegte Gesetzesentwurf zielt maßgeblich auf die Sicherung von bestehendem Wohnraum in Gebieten ab, in denen die Umwandlung von Wohnraum in alternative Nutzungsformen ansteigt.

Wie dem Plenarprotokoll zu entnehmen ist, ist insbesondere die Wohnraumumwandlung auf Sylt, Föhr und in einigen Gemeinden des Hamburger Umlandes ein fortschreitendes Problem.

In unserer Funktion als Studierendenvertretung der Universität zu Kiel weisen wir darauf hin, dass die studentische Wohnraumsuche in den betreffenden Regionen eher Seltenheitswert genießt.

Für die Stadt Kiel ist uns bislang das Problem des Wohnraumschwundes durch alternative Nutzungsformen noch nicht dezidiert aufgefallen. Im Gegenteil - es erreichen uns regelmäßig Hilfsangebote von Vermieter*innen von Ferienwohnungen, welche für die Übergangszeit der ersten Semesterwochen Studierenden ihre Ferienwohnung zur Verfügung stellen.

Der vorgelegte Gesetzesentwurf kann diesbezüglich vermutlich nicht schaden, höheren Nutzen zur Gewinnung von dauerhaftem studentischen Wohnraum erkennen wir für Kiel darin nicht.

Für eine ausführliche Positionierung und den Forderungen zur Behebung der studentischen Wohnungsnot in Kiel verweisen wir auf unseren Forderungskatalog:

<https://www.stupa.uni-kiel.de/de/Beschlüsse.html>

³ <https://moses-mendelssohn-institut.de/presse/PMHochschulstaedtescoring16.pdf>

⁴ http://www.sozialerhebung.de/download/20/Soz20_09_Kap07.pdf